

## Sommersession 2017 Sessionsrückblick - 2. Woche



Die zweite Sessionswoche der Sommersession begann aufgrund der Pfingstfeiertage erst am Dienstag und dauerte nur gerade einmal 2,5 Tage. In dieser Woche behandelte das Parlament hauptsächlich politische Vorstösse und am Mittwochnachmittag fanden die Fraktionsausflüge statt.

### **Keine Stimmpflicht auf nationaler Ebene**

Der Nationalrat sagt Nein zu einer Stimmpflicht, wie sie der Kanton Schaffhausen kennt. Er hat am Dienstag eine parlamentarische Initiative von BDP-Nationalrat Lorenz Hess (BE) mit 166 zu 13 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Damit ist die Vorlage vom Tisch.

Die Teilnahme an Volksabstimmungen sei keine Pflicht, sondern ein Recht, sagte bspw. Kommissionssprecherin Barbara Steinemann (SVP/ZH). Das Recht, sich zu äussern, beinhaltet auch das Recht zu schweigen.

### **Bundesrat prüft Unterbringung von Attaché in Eritrea**

Der Bund klärt ab, ob ein Schweizer Attaché im eritreischen Asmara in der Vertretung eines EU-Landes einquartiert werden könnte. Das schreibt der Bundesrat in Antworten zur Fragestunde des Nationalrats vom Dienstag.

Maximilian Reimann (SVP/AG) hatte sich über den Stand der Dinge erkundigt. Der Bundesrat schreibt, der für Eritrea zuständige Botschafter habe Gespräche über eine verstärkte Präsenz der Schweiz in Asmara aufgenommen. Die eritreische Regierung habe ihre formelle Unterstützung zugesichert.

### **National- und Ständerat kommen sich bei der Pflege in ausserkantonalen Heimen näher**

National- und Ständerat wollen regeln, welcher Kanton bei ausserkantonalen Aufenthalten in Pflegeheimen für die Restfinanzierung zuständig ist. In einem Punkt sind sie sich noch nicht einig, kommen sich aber etwas näher. Grundsätzlich soll der Wohnsitzkanton die ungedeckten Kosten künftig auch dann übernehmen müssen, wenn eine Person in ein Pflegeheim in einem anderen Kanton eintritt. Damit sind beide Räte einverstanden.

Die grosse Kammer entschied nun am Mittwoch mit 132 zu 51 Stimmen bei einer Enthaltung, dass für die Festsetzung der Restkosten die Regeln des Standortkantons des Heims gelten, sofern die Kantone keine anderslautenden Vereinbarungen abgeschlossen haben. Damit folgte sie dem Antrag ihrer Gesundheitskommission und kam dem Ständerat einen Schritt entgegen.

Dieser schlug bisher eine leicht abweichende Regelung vor: Ein Kanton soll die Restfinanzierung bei einem ausserkantonalen Pflegeheimaufenthalt nur dann nach den Regeln des Standortkantons übernehmen müssen, wenn er dem oder der Betroffenen keinen Pflegeheimplatz zur Verfügung stellen kann.

Nun ist wieder der Ständerat am Zug. Stimmt er der nationalrätlichen Lösung bei der letzten Differenz zu, ist die Vorlage bereit für die Schlussabstimmung. Das Geschäft geht auf eine parlamentarische Initiative der ehemaligen Ständerätin Christine Egerszegi (FDP/AG) aus dem Jahr 2014 zurück.



### **Neues Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Strahlen**

Bei Laserpointern, Medizinlasern oder in Solarien können gefährliche Strahlen zum Einsatz kommen. Mit einem neuen Gesetz soll die Bevölkerung besser davor geschützt werden. Der Nationalrat hat am Mittwoch stillschweigend die letzte Differenz zum Ständerat ausgeräumt. Damit ist das "Gesetz zum Schutz vor Gefährdung durch nichtionisierende Strahlung und Schall" bereit für die Schlussabstimmung

Zuletzt noch umstritten war der Einsatz von Blitzlampen zur Entfernung von Tattoos, die zu schweren Verbrennungen führen können. Der Nationalrat ist in einem zweiten Anlauf auf die Linie des Ständerates eingeschwenkt. Der Bundesrat kann somit die gewerbliche oder berufliche Verwendung von Produkten verbieten, wenn diese ein erhebliches Gefährdungspotenzial haben.

Von Beginn weg unbestritten war der Handlungsbedarf bei starken Laserpointern. Trifft deren Strahlung auf die Netzhaut, kann die Person im schlimmsten Fall erblinden. Immer wieder kommt es zu Angriffen auf Piloten oder Zugführer. Zwar dürfen starke Laserpointer bereits heute in der Schweiz nicht verkauft werden. Neu kann der Bund aber auch den Besitz solcher Geräte verbieten.

Betroffen vom neuen Gesetz sind auch Solarien. Künftig soll kontrolliert werden, ob die Anbieter die Benutzer genügend über die Gefahren informieren und die Sicherheitsvorgaben der Hersteller einhalten. Und genau in diesem Punkt geht das Gesetz zu weit. Wo denn, wenn nicht bei einem Solariumbesuch, soll die Eigenverantwortung denn noch zählen? Schliesslich sind keine Beispiele von Personen bekannt, die ernsthafte gesundheitliche Schädigungen von einem Solariumbesuch davongetragen haben.

### **Fraktionsausflug am Mittwoch**

Am Mittwochnachmittag flog die SVP-Fraktion inklusive Gästen aus den Kantonalparteien, der Verwaltung, der Wirtschaft und von Gerichten aus. Rund 130 Personen fuhren mit dem Zug ab Bern zum Schloss Laufen am Rheinfall. Dem kurzen Fussmarsch zur Schiffs-Anlegestelle folgte eine Schifffahrt auf dem Rhein zur Musikinsel Rheinau.

*Die Musikinsel Rheinau: Auf der Musikinsel finden Musiker unter einem Dach alles, was sie für Proben benötigen: Akustisch und ästhetisch einmalige Proberäume mit Flügel und Klavier, im Musikhotel eine zuvorkommende Gastfreundschaft und draussen wie drinnen genug Platz, um sich mit anderen zu treffen oder auch zurückzuziehen. Dazu viel Ruhe, eine wunderbare Naturlandschaft und eine idyllische Atmosphäre.*

### **Swisscoy bleibt vorläufig im Kosovo**

Die Schweizer Armee beteiligt sich seit Oktober 1999 mit einem Kontingent (Swisscoy) an der multinationalen Kosovo Force (KFOR). Das Parlament hat der Weiterführung des Einsatzes schon mehrmals zugestimmt. Nun hat es eine weitere Verlängerung um drei Jahre bis Dezember 2020 gutgeheissen. Der Nationalrat genehmigte die Vorlage am Donnerstag mit 100 zu 76 Stimmen bei 1 Enthaltung. Diese ist damit bereit für die Schlussabstimmungen.

Das Parlament hat ebenfalls beschlossen, dass die Swisscoy in den kommenden Jahren und im Sinne des Bundesrates verkleinert werden soll. Heute dürfen höchstens 235 Armeeangehörige im Einsatz stehen. Ab April 2018 soll der Maximalbestand reduziert werden: bis Oktober 2019 auf 190 Armeeangehörige, bis Ende 2020 auf 165.



Zu reden gab neben der Fortführung des Swisscoy-Einsatzes, ob der Bundesrat das Schweizer Kontingent kurzfristig verstärken darf. Der Nationalrat sprach sich schliesslich dafür aus.

### **Armeebotschaft 2017**

Am Donnerstag hat der Nationalrat die Armeebotschaft 2017 beraten. Diese besteht aus den folgenden drei Teilbereichen:

|   |                         |
|---|-------------------------|
| Bundesbeschluss über das Rüstungsprogramm 2017                | CHF 900'000.00          |
| Bundesbeschluss über die Rahmenkredite für Armeematerial 2017 | CHF 750'000.00          |
| Bundesbeschluss über das Immobilienprogramm VBS 2017          | CHF 461'000.00          |
| <b>TOTAL</b>  | <b>CHF 2'111'000.00</b> |

Bei der Debatte um das Rüstungsprogramm wurde im Nationalrat am Donnerstag heftig gestritten. Zu reden gab vor allem eine 20 Millionen Franken teure Nachrüstung der F/A-18 Kampfflugzeuge für den Erdkampf sowie Kosten von 225 Millionen Franken für zusätzliche Munition.

#### **Bestandteile des Rüstungsprogramms 2017**

- Verlängerung der Nutzungsdauer F/A 18 450'000'000.00
- Munition 225'00'0000.00

#### **Bestandteile des Armeematerials 2017**

- PEB-Kredit (Projektierung, Erprobung, Beschaffungsvorbereitung) CHF 173'000'000.00
- Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarf 2017 CHF 421'000'000.00

#### **Bestandteile des Immobilienprogramms VBS 2017**

- Bau eines Brandausbildungszentrums in Payerne CHF 31'000'000.00
- Sanierung der Flugbetriebsflächen in Payerne CHF 31'000'000.00
- Neubau des Zentrums Luftfahrtsysteme CHF 57'000'000.00

Der Nationalrat bewilligte sämtliche Kredite, wollte die F/A 18-Kampfflieger aber nicht erdkampfbefähigen, obwohl diese eigentlich zu dieser Fähigkeit konzipiert wurden.

Bedeutung F/A 18      F = Fight (Jäger)  
                                  A = Attack (Boden-Angriff)

Bern, im Juni 2017  
David Zuberbühler